



Mehr Regierbarkeit wagen

PD Dr. Volker Best



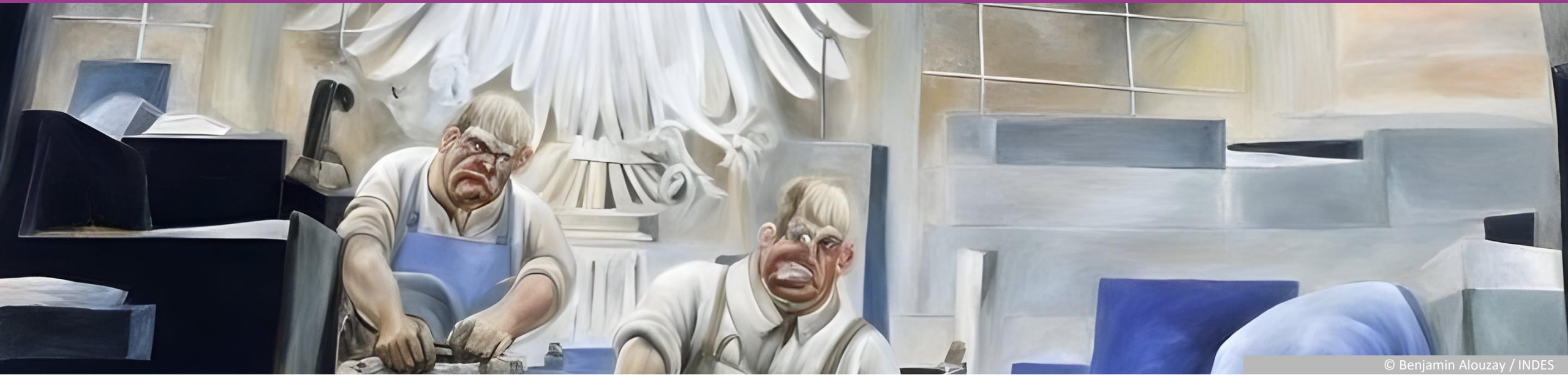
Schafft Wissen. Seit 1502.

MARTIN-LUTHER-UNIVERSITÄT
HALLE-WITTENBERG

Gliederung

- 1. Wandel des Parteiensystems
- 2. Folgen für die Regierbarkeit
- 3. Reformvorschläge





© Benjamin Alouzey / INDES

1. Wandel des Parteiensystems

Der Wandel des deutschen Parteiensystems

→ Niedergang der Volksparteien

- SPD: 2009, 2017 & 2025 schlechteste Ergebnisse
- Union: 2021 schlechtestes, 2025 zweitschlechtestes Ergebnis
- gemeinsamer Stimmanteil: 2017 53,4%, 2021 49,8%, 2025 44,9%,
Umfragen 40-43%

→ Fragmentierung: 2009 3,97; 2017 4,66; 2021 4,83; 2025 4,31

→ Hauptprofiteurin AfD: 2025 20,8%, Umfragen 23-25%, zweitstärkste Partei in ostdt. Flächenländern, stärkste in Thüringen



© Benjamin Alouzay / INDES

2. Folgen für die Regierbarkeit

Regierungsbildung

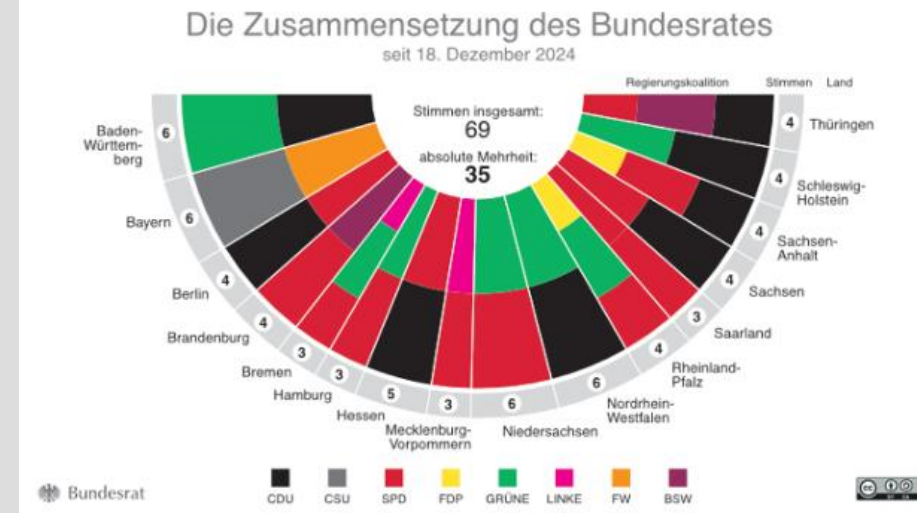
- Große Koalition als neues Standardmodell
 - 2005-09 & 2013-17: fast 73% / 80% der Abgeordneten
 - 2018-21, 2025 ff.: nur noch knappe Mehrheit im Bundestag
- 2017/18 langwierige „Regierungsbildung wider Willen“ & erste direkte Wiederauflage einer Großen Koalition
- Ampelkoalition 2021
 - erste Dreierkoalition seit 64 Jahren
 - erste lagerübergreifende Dreierkoalition überhaupt
 - erste an internem Streit zerbrochene Koalition seit 1982
- 2025: BSW + 9.500 Stimmen → Kenia-Koalition
- erstmals Scheitern der Kanzlerwahl im 1. Durchgang

Regierungsführung

- Koalitionen des „kleinsten gemeinsamen Nenners“ nach Formel:
Regieren = Abarbeiten KV ± Krisenreaktion – interne Blockade
- einige wenige Leuchtturmprojekte für einzelne Partner
- kaum (wohl nötige) „Zumutungen“
- Nervosität & Umfrageorientierung der Parteien angesichts gestiegener Volatilität (2025 22,2 Punkte)
- Eingehen auf gesellschaftliche „Vetospieler“ & „Dauerwahlkampf“ in den Ländern als zusätzliche Reformbremsen

Bundesrat

- enger Gestaltungsspielraum der Aktionseinheit Bundesregierung / Bundestagsmehrheit durch Koalitionspolygamie in Ländern
- seit 2010 keine Regierung mehr Mehrheit im Bundesrat
- Zunahme von „gemischten Koalitionen“ (bei Nichteinigung Enthaltung) & Dreierkoalitionen
- “Grand Coalition State” (Manfred G. Schmidt) → “Kenia State” (alternativ mit FDP, FW, BSW & Die Linke)



Zweidrittelmehrheiten

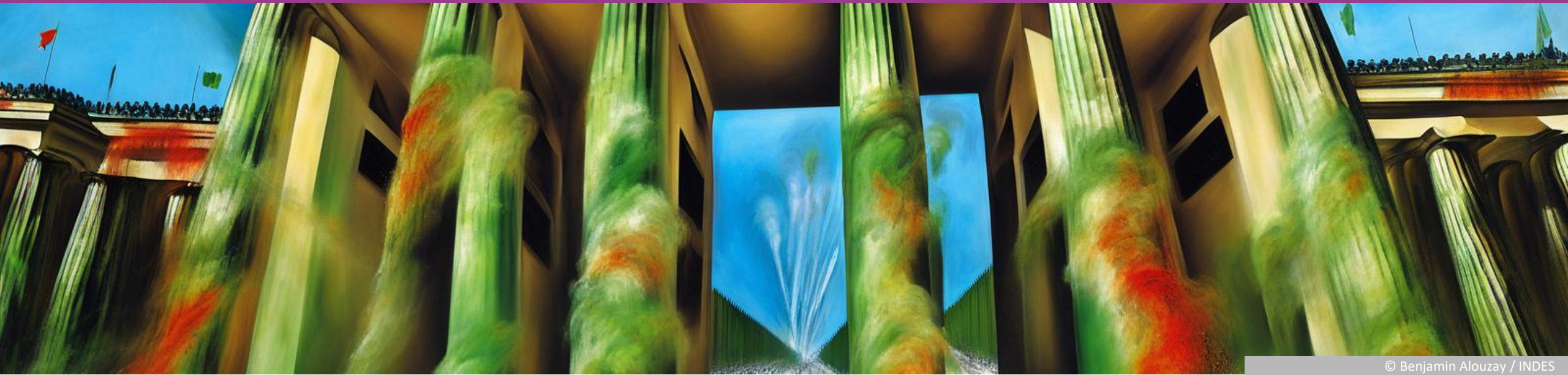
- im Bundestag zusätzlich zu Grünen erstmals Hinzuziehung einer Randpartei nötig (Die Linke, damit nicht AfD)
- im Bundesrat nur mit Grünen plus Die Linke, FDP oder BSW
- Notwendigkeiten
 - Abweichung von Geschäftsordnung im Einzelfall (Ermöglichung 2. Durchgang der Kanzlerwahl am selben Tag)
 - Verfassungsänderungen (angekündigte weitere Schuldenbremse-Reform)
 - Verteidigungsfall
 - Eintritt in 2. & 3. Beratung ohne Ausschussüberweisung
 - Bestellung Bundesverfassungsrichter:innen (Ende der Amtszeit von zwei Richter:innen des Ersten & drei des Zweiten Senats bis Feb. 2029)

Bundesverfassungsgericht

- kein Zurück zu alter Machtbalance
- Degeneration Richtung Repräsentativgremium vorgezeichnet
 - Grüne bereits seit 2016 Anspruch auf größeren Einfluss formuliert
 - Die Linke könnte als Vetospieler zwar umspielt werden
 - Bundesrat: mit FW, FDP oder BSW
 - Bundestag: über neuen Ersatzvornahme-Mechanismus bei Blockaden
 - würde aber Chance auf etwaig sonst nötige Zweidrittelmehrheit verbauen
- Linke berücksichtigen, AfD fernhalten → unterminiert Legitimität

Spaltung & Schwächung der Opposition

- verhindert gelungenes Widerspiel (Sternberger: „Integration durch Polarität“)
- weder AfD noch Grüne & Die Linke erfüllen Viertelquorum
 - Einsetzung von Untersuchungsausschüssen
 - abstrakte Normenkontrolle durch Bundesverfassungsgericht
- keine Möglichkeit, Grünen & Linken diese Kontrollinstrumente zuzubilligen, ohne auch die AfD zu ermächtigen (Skandalisierung, ggf. auch Torpedierung der Regierungsarbeit)
- BSW + 9.500 Stimmen → nur noch Fundamentaloppositionen



© Benjamin Alouzay / INDES

3. Reformvorschläge

Lagerinterne Koalitionen revitalisieren durch Mehrheitsbonus

- parl. Demokratie erfordert miteinander regierungswillige Parteien
- Herausforderungen der Zeit erfordern tatsächliche politische Steuerungsfähigkeit statt bloßer Status-Quo-Fortschreibung
- gestiegene Fragmentierung & anhaltende Segmentierung machen neue Balance zwischen Repräsentation & Mehrheitsbildung nötig
- Mehrheitsbonus: 51% der Sitze für stärkste Vorwahlkoalition / Einzelpartei, Mindestschwelle $\frac{1}{3}$ - 40%, ggf. Sperrklausel senken
- Rückgewinn pol. Vertrauens durch Umsetzung Wahlversprechen
- unterlegenes Vorwahlbündnis als Regierung im Wartestand & natürlicher Adressat für mit Regierungspolitik Unzufriedene

Verhältniswahl
mit Mehrheitsbonus

Durchsetzungsfähigkeit der Regierung im Bundesrat durch Umkehrung der Abstimmungslogik erhöhen

- absolutes Vetorecht statt Zustimmungspflicht
- Enthaltungen würden dann faktisch für statt derzeit gegen die Vorhaben der Bundesregierung wirken
- Blockade faktisch nur noch zu organisieren, wenn genuine Länderinteressen betroffen sind, nicht mehr aus Parteiinteresse
- absolutes Vetorecht könnte daher im Gegenzug für gesamte Gesetzgebung gelten (auch höhere Transparenz)

Bestellung von Parlamentspräsidien gemäß Leitidee

- Amt erfordert möglichst breites Vertrauen in Fairness bei Sitzungsleitung & darüber hinaus
- Wahl nach Modus der größten Akzeptanz passt besser zu dieser Leitidee
- jede Fraktion sollte zwei Kandidierende vorschlagen dürfen, ohne dass Anspruch auf einen der Posten bestünde



Entpolitisierung der Verfassungsgerichte per Loselement

- kein Zurück zur alten Machtbalance
- Degeneration zu Repräsentativorgan nur durch Entpolitisierung zu verhindern
- zunächst Vorauswahl an Kandidat:innen per Los
- Fraktionen (bzw. Länderregierungen) könnten hieraus gemäß ihres Stärkeverhältnisses Namen streichen
- übrig blieben dann mittige, oft nicht parteinahe Aspirant:innen

Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit!

